

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TUR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 30. Jänner 1961

Blatt 125

Bürgermeister Franz Jonas:

Die Wiener städtischen Bediensteten
=====

Sparsame Verwaltung der Stadt im Interesse aller Steuerträger

30. Jänner (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 29. Jänner, über das Personal der Wiener Stadtverwaltung.

Der Bürgermeister führte aus: "In meiner letzten Sendung besprach ich in großen Zügen die Aufgaben der Wiener Gemeindeverwaltung im Jahre 1961. So wie bei allen anderen Sendungen brachte ich die Gemeindeaufgaben in Verbindung zu den Mitbürgern, in deren Interesse diese Arbeiten geleistet werden sollen. Heute will ich einmal über jene Mitbürger sprechen, die diese Gemeindeaufgaben durchzuführen haben, nämlich über die städtischen Bediensteten, die zusammen mit den gewählten Funktionären die Gemeindeverwaltung besorgen. Nicht alle unsere Mitbürger haben eine klare Vorstellung von der Verwaltung unserer Stadt. Die einen sagen, daß die Gemeinde sich in zuviel Dinge einmischt, während andere wieder der Meinung sind, die Gemeinde müßte mehr tun. Man spricht von Tintenburgen und Bürokraten, vom aufgeblähten Verwaltungsapparat, man verlangt eine Verwaltungsreform und eine einfache und sparsame Verwaltung. Wie schaut es in Wirklichkeit aus?"

In Wirklichkeit ist es so, daß die Gemeindeverwaltung ein riesiger Betrieb ist, mit einer Vielfalt von Aufgaben und Leistungen wie man sie von keinem anderen Betrieb verlangt. Neben der Besorgung der reinen Hoheitsverwaltung betreibt die Gemeinde Kinder-

./.

gärten, Schulen, Spitäler und Heilanstalten, Altersheime, Lehrlingsheime, Bäder, Bibliotheken, Museen, Friedhöfe, Märkte und Schlachthöfe. Sie baut Kanäle und Brücken, Straßen und Wohnhäuser. Sie beleuchtet die Straßen und reinigt sie. Sie beseitigt den Hauskehricht. Sie versorgt die Wiener Bevölkerung mit Wasser, Gas und Elektrizität. Sie betreibt die Straßenbahn, die Stadtbahn und die Autobusse, und sie stellt der Bevölkerung Feuerwehr und Rettung zur Verfügung, wenn Hilfe gebraucht wird. Sie betreut und befürsorgt die Mütter und die Kinder, die Kranken und die Alten. Nach dem Wortlaut unserer Bundesverfassung fallen alle diese Tätigkeiten wohl unter den Begriff "Verwaltung". Kann man aber nach dem allgemeinen Sprachgebrauch bei allen diesen Diensten, die die Gemeinde ihren Mitbürgern zur Verfügung stellt, von Verwaltung sprechen? Kann man die Tätigkeit der Kindergärtnerinnen und Fürsorgerinnen, der Ärzte und Krankenschwestern, des Küchen- und Reinigungspersonals als "Verwaltung" bezeichnen? Ibt das Personal des Fuhrwerks- und Straßenreinigungsdienstes, das Personal der Feuerwehr und des Rettungsdienstes eine Verwaltungstätigkeit aus? Kann man das Personal der Verkehrsbetriebe, der Elektrizitätswerke und der Gaswerke, der Wasserwerke und des Kanalbetriebes als Verwaltungspersonal bezeichnen? Sie sehen schon, daß die gebräuchliche Vorstellung von der aufgeblähten Verwaltung einen heftigen Stoß erhält. Man darf also, wenn man von der Gemeindeverwaltung spricht, nicht allein an Büros und Schreibtische denken, sondern an die vielen Einrichtungen, die dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen haben.

Nun darf man aber nicht glauben, daß die Aufgaben und damit auch das Personal der Gemeinde immer gleich bleiben und sich nie ändern. Im Gegenteil! Die Entwicklung bringt es mit sich, daß manche Einrichtungen unwichtig, ja sogar überflüssig werden, während auf der anderen Seite neue Aufgaben dazu zwingen, auch neue Einrichtungen zu schaffen. Hier hat die gute, die echte Bürokratie dafür zu sorgen, daß die Verwaltung elastisch genug ist, um sich allen Änderungen ohne Störung anzupassen. Auch ohne soziale Störung! Sie erinnern sich wahrscheinlich an das Landesernährungsamt und an das Hauptwirtschaftsamt, die noch einige Jahre in der Nachkriegszeit notwendig waren. Mit der Normalisierung der Verhältnisse wurden diese beiden Ämter schrittweise abgebaut, sodaß

2.640 Bedienstete frei wurden. Aber das bedeutete nicht, daß sie plötzlich auf die Straße gesetzt wurden, denn soweit es überhaupt möglich war, wurde jede soziale Härte vermieden. Sie wurden - wenn sie nicht schon pensionsreif waren - in andere Abteilungen versetzt, wodurch Neuaufnahmen erspart wurden. Und so gibt es in der Gemeinde ständig Veränderungen, wenn auch nicht in so großem Ausmaß wie in dem vorher besprochenen Fall.

Man soll nicht glauben, daß eine Verwaltungsreform nur dann einen Sinn hat, wenn man auf den ersten Anhub viele Dutzende Millionen Schilling einsparen kann. Ein solches Ergebnis ist außerordentlich schwer zu erreichen. Es ist erfolgreicher, aber allerdings mühsamer, in hunderten kleineren Fällen zu reformieren, zu reorganisieren und zu rationalisieren. Nur so ist es der Gemeinde möglich, neue Aufgaben zu übernehmen, ohne daß sich das Personal sprunghaft vermehrt und dadurch den Steuerzahlern unnütze Ausgaben zugemutet werden müssen. Es wirkt aber noch eine andere Ursache mit. Die jahrelange Vollbeschäftigung führt zu einem Personal-mangel und zwingt zu einer immer stärkeren Verwendung von Maschinen verschiedenster Art. Hierher gehören nicht nur die großen Straßenreinigungsmaschinen und die kleinen Grasmäher, nicht nur die Schreib- und Rechenmaschinen, die Gemüseputzmaschinen und Geschirrwaschmaschinen in den städtischen Anstalten, sondern auch die sehr komplizierten Buchungsmaschinen und die elektronische Maschinenanlage, von der wir in Zukunft ganz große Leistungen erwarten können. Hierher gehören aber zum Beispiel auch große Um-spannwerke, wie jene in Ottakring, Döbling und Floridsdorf, die vor ganz kurzer Zeit in Betrieb genommen wurden und die fast ohne menschliche Arbeitskraft auskommen können, weil sie dank der Anwendung der modernen Fernmeß- und Fernmeldeapparate von einer zentralen Stelle aus ferngesteuert werden können. Schon diese wenigen Beispiele mögen Ihnen zeigen, daß die Gemeinde sehr bemüht sein muß, mit der Entwicklung Schritt zu halten, um ihre Aufgaben so wirtschaftlich wie möglich zu erfüllen.

Nun will ich mit Hilfe einiger Vergleichszahlen zeigen, wie die Veränderung der Gemeindeaufgaben sich im Personalstand widerspiegelt. Ich möchte vorausschicken, daß die Gemeinde neben dem ständigen Personal auch nichtständiges hat, das für Saisonbeschäftigung herangezogen wird. Ich erinnere daran, daß im Frühling

das nichtständige Personal für den Gartenbetrieb und für die Sommerbäder aufgenommen werden muß. Im Herbst werden diese Betriebe geschlossen. Aber zu diesem Zeitpunkt beginnt dann die Heizperiode und hiezu wird wieder zusätzliches Personal gebraucht, das in manchen Fällen von der Sommerarbeit, also von den Gärten zu den Öfen übersiedelt.

Der Personalstellenplan der Gemeinde Wien sieht für das laufende Jahr 34.900 vollbeschäftigte und teilbeschäftigte Bedienstete vor, allerdings ist das Personal der Stadtwerke hier nicht enthalten. Vor zehn Jahren, im Jahre 1951, waren es 36.700 Bedienstete. Eigentlich kein großer Unterschied. Aber welche umstürzenden Ereignisse sind trotzdem innerhalb des Beamtenkörpers wirksam gewesen. Die Beendigung der vierfachen militärischen Besetzung im Jahre 1955 hat zwar keine große Personalverminderung zur Folge gehabt, aber unser Personal wurde von einer langjährigen moralischen Belastung frei. Besonders einschneidend hat sich das Inkrafttreten des Gebietsänderungsgesetzes im Jahre 1954 ausgewirkt, als die Randgemeinden zu Niederösterreich zurückkehrten. Damals wurde Wien nicht nur von 26 auf 23 Bezirke reduziert und drei Bezirksvorstehungen und drei Magistratische Bezirksämter wurden gestrichen, sondern es kehrten die in diesen Gemeinden befindlichen Schulen, Kindergärten, Amtshäuser, Liegenschaften und Bäder an die wieder entstehenden Gemeinden zurück. Ebenso wurden auch die dort befindlichen Friedhöfe übergeben, die Straßen gingen in die niederösterreichische Verwaltung zurück, das Krankenhaus Mödling und das Krankenhaus Klosterneuburg wurden aus unserem Verband entlassen und die Aufgaben des Fürsorgewesens für dieses Gebiet wurden ebenfalls abgetreten. Damals wurden rund 1.400 Bedienstete überzählig, die zum größten Teil von den niederösterreichischen Behörden übernommen wurden.

Da manche Aufgaben der Gemeinde durch Bundesgesetze zwingend vorgeschrieben werden, wirken sich neue Gesetze oder das Ablaufen alter Gesetze auch im Personalstand unserer Gemeinde aus. Da seit 1951 durch die Sozialgesetzgebung des Bundes, vor allem die Rentengesetzgebung, ein großer Wandel geschaffen wurde, haben sich die Aufgaben der Gemeinde bei der Erwachsenenfürsorge fühlbar verringert. Durch das Ablaufen des Wohnungsanforderungsgesetzes und des Neuvermietungsgesetzes wurden die Agenden des Wohnungsamtes

stark verringert. Diese gesetzlichen Maßnahmen haben eine Verminderung des Personals zur Folge gehabt. Es gab aber auch Sparten, in denen neue Gesetze und neue Bedürfnisse der Bevölkerung eine Vermehrung des Personals zur Folge hatten. Es ist ein Zeichen unserer Zeit, daß diese Personalvermehrungen in jenen Arbeitsbereichen auftreten, deren Dienst wohl am unmittelbarsten dem Menschen zugute kommt. Es handelt sich um die Jugendfürsorge und um das Gesundheitswesen. Wenn es uns gelungen ist, in den anderen Abteilungen durch Rationalisierung und Verwendung von arbeitssparenden Maschinen den menschlichen Arbeitsaufwand herabzusetzen, so wurde diese Ersparnis wieder aufgehoben durch die gestiegenen Anforderungen in der Jugendwohlfahrt und im Gesundheitswesen. Beide Abteilungen haben im Vergleich zu 1951 eine Vermehrung um 2.000 Bedienstete.

In diesen Aufgabengebieten kann der Mensch als Erzieher und Helfer nie durch Maschinen ersetzt werden. Maschinen können nicht Kinder erziehen und Kranke gesund pflegen. Wohl sind die vielseitigen medizinischen Apparate und Heilbehelfe sehr nützlich und segensreich, aber sie brauchen für ihre Verwendung doch immer wieder den verantwortungsbewußten Menschen.

In der Jugendfürsorge hat der Ausbau der Schwangerenfürsorge und der nachgehenden Säuglingsfürsorge, dann die Vermehrung der Mütterschulen und die Errichtung der Adoptionsstelle zu einem weiteren Anwachsen des Personals geführt. Am stärksten wirkte sich aber die ständig wachsende Zahl von Kindergärten und Horten aus. Sie wurden seit dem Jahre 1951 um 110 auf nunmehr 595 vermehrt. Eine gleiche Entwicklung hat im Gesundheitswesen stattgefunden. Wohl sind durch die Ausgemeindung der Randgemeinden zwei Spitäler an Niederösterreich zurückgefallen, aber dafür ist der Umfang der anderen Spitäler größer geworden. Die kriegszerstörten Abteilungen wurden wieder aufgebaut, beziehungsweise wurden Spitäler im Umfang erweitert. Es wurden aber auch Spitalsobjekte, die von den Alliierten besetzt waren, durch Freigabe für unsere Zwecke verfügbar. Ich erinnere an den Wiederaufbau im Franz Josef-Spital, im Wilhelminenspital und im Krankenhaus Lainz und an das Floridsdorfer Krankenhaus. Durch diese Veränderungen ist in den vergangenen zehn Jahren die Zahl der Betten in den Spitälern, Heil- und Pflegeanstalten um 500 auf 22.150 gestiegen. Dazu kommt noch,

daß der ärztliche und pflegerische Dienst am Krankenbett immer intensiver wird und die Betreuung der Patienten dadurch immer mehr menschliche Arbeitskraft fordert. So wurden zum Beispiel die ärztlichen Posten um 400 vermehrt und zur Entlastung der Krankenschwestern wurden 550 Stationsgehilfinnen aufgenommen. Die Gesamtzahl der Bediensteten in der Jugendfürsorge und im Gesundheitswesen beträgt gegenwärtig 17.500. Sie werden mir sicher recht geben, wenn ich sage, daß wir bei der Betreuung unserer Kinder und Kranken einen anderen Maßstab anlegen müssen, als bei den meisten anderen Dienststellen der Wiener Gemeindeverwaltung.

Mit dieser knappen Darstellung der zehn vergangenen Jahre versuchte ich, die Notwendigkeit von Veränderungen im Personalstand der Gemeindeverwaltung zu erklären. Aber zu all den angeführten Ursachen kommen noch die Auswirkungen der 45-Stundenwoche hinzu. Die Gemeindeverwaltung ist als Arbeitgeber selbstverständlich bestrebt, ihrem Personal den sozialen Fortschritt zu ermöglichen und deshalb wurde - mit Ausnahme ganz weniger Abteilungen, in denen unüberbrückbarer Personalmangel besteht - die 45-Stundenwoche generell eingeführt. Die Auswirkungen dieses Fortschrittes wurden zum größten Teil durch organisatorische Maßnahmen aufgefangen.

Selbstverständlich wird die Gemeinde Wien auch in Zukunft alle Veränderungen in ihren Aufgaben sehr genau beobachten und immer wieder prüfen, ob die Möglichkeit für Rationalisierungen und Vereinfachungen besteht, damit die Verwaltung der Stadt im Interesse aller Steuerzahler möglichst sparsam geführt werden kann."

- - -

Nun auch offiziell: Exelbergstraße
=====

30. Jänner (RK) Von der Neuwaldegger Straße (Marswiese) führt eine Straße auf den Exelberg, die allgemein unter dem Namen Exelbergstraße bekannt ist. Im amtlichen Straßenverzeichnis heißt sie allerdings "Tullner Straße", während die Bezeichnung Exelbergstraße als nichtamtlich gilt. Der Kulturausschuß hat nun in seiner letzten Sitzung beschlossen, für diese Verkehrsfläche, dem allgemeinen Sprachgebrauch entsprechend, die amtliche Bezeichnung "Exelbergstraße" einzuführen. Demgemäß wird auch das Straßenverzeichnis abgeändert werden.

Einem weiteren Beschluß des Ausschusses zufolge, erhält eine Verkehrsfläche, die von der Exelbergstraße zum Gasthaus Rohrerhütte führt, die Benennung "Rohrerhüttenweg". Schließlich wurde die Bezeichnung einer ähnlichen Verbindung, die nördlich der großen Stockwiese von der Exelbergstraße zur Stadtgrenze führt, mit dem Namen "Stockwiesenweg" beschlossen.

- - -

Das unterirdische Wien im Fernsehen
=====

30. Jänner (RK) In der Fernsehsendereihe "Hüter der Gesundheit" wird Mittwoch, den 1. Februar, von 19.30 bis 20 Uhr über "Abwasserprobleme der Großstadt" berichtet. Das Manuskript dieses interessanten Fernsehfilmes verfassten Ernst Lind und Oberamtsrat Ing. Franz Kurz.

- - -

Neues Labor für die Wiener Fotografenlehrlinge
=====Am Donnerstag Eröffnung der Fotografen-Lehrwerkstätte durch VBgm. Mandl

30. Jänner (RK) Bis zum Jahre 1934 hatte die Berufsschule für das graphische Gewerbe, Fachklasse für Fotografen, nur theoretischen, aber keinen praktischen Unterricht. Von 1934 bis 1945 erfolgte im 2. Zentralberufsschulgebäude in der Hütteldorfer Straße ein behelfsmäßiger praktischer Unterricht, der nach Kriegsende nicht fortgesetzt werden konnte, da im Krieg sämtliche Einrichtungsgegenstände abhanden gekommen sind. Die Lehrlinge erhielten seit dieser Zeit in der Bundeslehr- und Versuchsanstalt in der Westbahnstraße praktischen Unterricht, aus Mangel an den notwendigen Unterrichtsbehelfen aber auch nur die zweiten und dritten Jahrgänge.

Die Stadt Wien hat sich daher entschlossen, im 2. Zentralberufsschulgebäude in der Hütteldorfer Straße ein eigenes, nach modernen Gesichtspunkten ausgestattetes Fotolabor einzurichten, das nun am Donnerstag dieser Woche, 2. Februar, um 9 Uhr, von Vizebürgermeister Mandl eröffnet werden wird.

Das neue Fotolabor umfaßt sieben Räume, und zwar einen Aufnahmeraum, einen Color-Positivraum, ein Negativ-Labor, einen Einlegeraum, einen Schwarz-Weiß-Positivraum, einen Vergrößerungsraum und einen Raum für Reproduktionen. Die Lehrwerkstätte ist mit den modernsten Fotoaufnahme- und Entwicklungsgeräten ausgestattet. Nunmehr kann der gesamte Berufsnachwuchs der Fotografen einen praktischen Lehrwerkstättenunterricht erhalten. Die Kosten der Adaptierung samt Einrichtung betragen 400.000 Schilling.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, an der am Donnerstag, dem 2. Februar, um 9 Uhr, im 2. Zentralberufsschulgebäude, 15, Hütteldorfer Straße 7-17 (Erdgeschoß, Zimmer 34), durch Vizebürgermeister Mandl stattfindenden Eröffnung des Fotolaboratoriums (Lehrwerkstätte für Fotografen) teilzunehmen.

- - -

6. Wiener Fremdenverkehrskonferenz

=====

Vizebürgermeister Mandl: "Drei Tage sind zu wenig für Wien!"

30. Jänner (RK) Heute vormittag fand im Palais Palffy die 6. Wiener Fremdenverkehrskonferenz statt, zu der der Fremdenverkehrsverband für Wien alle am Fremdenverkehr interessierten Institutionen eingeladen hatte. Den Vorsitz bei der Tagung führte der Präsident des Verbandes, Vizebürgermeister Mandl, der auch über die Entwicklung des Wiener Fremdenverkehrs referierte.

An die Spitze seiner Ausführungen stellte der Vizebürgermeister die Feststellung, daß das Fremdenverkehrsjahr 1959/60 für Wien gut gewesen sei. Die Besucherzahlen sind weiter angestiegen. Insgesamt wurden in diesem Fremdenverkehrsjahr 846.000 Gäste gezählt. Im Jahr 1958/59 waren es 805.000 Besucher. Auch die Zahl der Nächtigungen ist von 2,249.000 auf 2,367.000 gestiegen. Damit wurden die Besucherzahlen des Friedensjahres 1936/37 mit 458.000 weiter überschritten. Nicht erreicht werden konnte jedoch die Zahl der Nächtigungen in diesem Jahr, die 2,900.000 ausmachte. Es zeigt sich also weiterhin die Tendenz, daß die Besucher nicht mehr so lange an einem Ort bleiben wie früher.

Erfreulich ist jedoch die Ausweitung der Fremdenverkehrssaison. Im Oktober 1960 war die Zahl der Nächtigungen um zehn Prozent höher als im Oktober 1959. Das gleiche gilt für den November. Es wird jedenfalls notwendig sein, den Gast dazu zu bewegen, länger in Wien zu bleiben. Der Slogan "Wien hat immer Saison" sollte daher ergänzt werden durch das Schlagwort "Drei Tage sind zu wenig für Wien".

Vizebürgermeister Mandl verwies auch darauf, daß eine Frequenzuntersuchung der Wiener Hotelbetriebe durchgeführt wurde. Er sei nur der Meinung, daß eine weitere Frequenzsteigerung nur dann erreicht würde, wenn das Angebot an zeitgemäß ausgestatteten Zimmern erhöht wird. Wobei zu diskutieren wäre, ob dieses Ziel durch Umbau oder durch Neubauten erreicht werden soll.

Als Ursache für die erfreuliche Steigerung der Zahl der ausländischen Besucher Wiens führte Vizebürgermeister Mandl die verstärkte systematische Werbung für Wien an, dann aber auch das Bemühen, die kulturelle Ausstrahlung unserer Stadt zu intensivieren.

Die Wiener Festwochen haben sich in die Spitzengruppe der europäischen Festspiele geschoben. Die Zahl der Ausländer-Übernachtungen im Juni 1960 beweist dies, die um 15 Prozent gestiegen ist. Auch in den Sommermonaten, im Juli und August, bietet Wien seinen Gästen ein reichhaltiges Programm. Wenn jetzt noch das Theater an der Wien mit in die Sommerveranstaltungen einbezogen werden kann, so ist zu hoffen, daß damit die tote Saison endgültig überwunden sein wird. Erfreulicherweise sind fast keine Beschwerden und Klagen zu verzeichnen. Doch darf dies kein Anlaß zur Selbstzufriedenheit sein. Oft ist noch zwischen Leistung und Preis eine Diskrepanz festzustellen. Entscheidend sei auch die Verbesserung der Verkehrsverbindungen, umso mehr als jetzt schon 70 Prozent der Ausländer auf der Straße nach Wien kommen. Dies zeigt sich deutlich bei der Frequenz der Campingplätze, auf denen 1956 4.000 Übernachtungen gezählt wurden, während es 1960 schon 61.000 Übernachtungen waren. Die größte Sorge bereitet auch die Autobahn. Die Fertigstellung der Westeinfahrt wäre unbedingt erforderlich. Schließlich müssen alle am Fremdenverkehr interessierten Stellen auch darnach trachten, das spezifisch Wienerische zu erhalten, das beim ausländischen Besucher stets besonderen Anklang findet.

Abschließend stellte Vizebürgermeister Mandl fest, daß auch die bevorstehende Fremdenverkehrssaison wieder ausgezeichnet zu werden verspricht. Eine Vielzahl von großen Veranstaltungen wird auch 1961 den Ruf unserer Stadt wieder in die Welt hinaustragen. Es wird an uns liegen, dafür zu sorgen, daß sich die Fremden in Wien wohl fühlen und damit wird auch die beste Werbearbeit für die Zukunft getan werden.

Der Generalsekretär der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien, Prof. Minarz, gab dann einen Überblick über die Arbeit dieser Institution. Die Fremdenverkehrsstelle hat die Werbung bedeutend intensiviert. Besonders gelungen scheint ein neuer Wien-Prospekt, der Anfang 1960 in einer deutschen, englischen, französischen, italienischen und spanischen Ausgabe gedruckt wurde. Der Prospekt fand überall äußerst günstige Aufnahme. Dieser Grundprospekt wurde durch eine Reihe von Informationsprospekten ergänzt. Die Stadt Wien beteiligt sich auch an verschiedenen Gemeinschaftswerbungen.

Sehr interessant ist das Ergebnis einer Umfrage im Ausland über die Eindrücke der Besucher Wiens. Die Auswertung der bisher eingelangten 142 Fragebögen aus 46 europäischen und 56 außer-europäischen Städten ergibt, daß das Interesse für Wien allgemein groß ist und weiter ständig zunimmt. Klagen über Unterkunft werden nur bei den Hotels der mittleren Kategorien gemacht, während man mit den Leistungen der erstklassigen Hotels durchaus zufrieden ist. Übereinstimmend höchstes Lob wird dem Essen gespendet, wobei allerdings manchmal die Meinung vertreten wird, daß die gute Wiener Küche für unerwünschte Gewichtszunahmen verantwortlich gemacht werden muß. Angeregt wird, Beilagen und Brot nicht extra zu berechnen und auf den Speisekarten spezifisch wienerische Menü-Vorschläge zu machen. Mit den Unterhaltungsmöglichkeiten in Wien ist man auch im allgemeinen zufrieden, wobei allerdings Südamerikaner zum Beispiel Wien bei Nacht als etwas zu ruhig empfinden. Wien kann, so meint man, mit der internationalen Vergnügungsindustrie von Paris oder London zwar nicht mithalten, aber schließlich besucht man die Stadt auch nicht deswegen, sondern wegen ihrer anheimelnden Atmosphäre und ihrer Kulturdenkmäler.

Ein schlechtes Zeugnis stellen die ausländischen Besucher übereinstimmend dem Wiener Autofahrer aus. Wenn sonst der Charme der Wiener gelobt wird, als Automobilist scheint er nicht mehr Wiener zu sein. Die Grobheit, Unhöflichkeit und Rücksichtslosigkeit der Wiener Kraftfahrer kommen bei allen Antworten zum Ausdruck. Hingegen lobt man ebenso allgemein die Hilfsbereitschaft des Straßenbahnpersonals und vor allem die Freundlichkeit der Wiener Polizei. Geklagt wird schließlich über die noch immer nicht fertiggestellte Autobahnverbindung nach Wien.

Besonders gut gefällt in unserer Stadt dem Ausländer das Nebeneinander von alt und neu und alles was mit dem traditionellen Begriff Wien zusammenhängt. Die größte Anziehungskraft üben die kulturellen Veranstaltungen, Oper, Konzerte und Theater, aus. Immer wieder wird auch ganz allgemein die Atmosphäre unserer Stadt besonders hervorgehoben.

Demgegenüber mißfallen dem ausländischen Besucher die diversen Zuschläge auf den Hotel- und Restaurant-Rechnungen sowie das Trinkgeld-Unwesen. Prof. Minarz nannte dafür auch einige

Beispiele. So stellt sich ein Hotelzimmer, das in der Hotelliste mit 45 Schilling angegeben ist, im Endpreis nach Hinzurechnung von Service, Heizung und Ortstaxe auf 68,75 Schilling.

Die Vorschläge und Anregungen der fremden Besucher umfassen die frühere Bekanntgabe des Theaterprogramms, besonders der Oper, und allgemeine Verbesserungen des Hotelstandards und der Wiener Verkehrsverbindungen.

Über die Kapazität und Frequenz der Wiener Beherbergungsbetriebe im Jahre 1959 referierte schließlich Dkfm. Plank.

Er verwies auf das Statistische Amt der Stadt Wien, das für den Sommer 1959 auf Grund der Statistischen Meldungen der Wiener Beherbergungsbetriebe die Gesamtkapazität der Hotels mit 10.025 Betten angab. Die offizielle Hotel-Liste der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien, die gleichzeitig Bestandteil des Österreichischen Hotelbuches der Handelskammer ist, wies in 214 Betrieben 11.438 Betten aus, davon 9.895 Hotelbetten. Das Österreichische Statistische Zentralamt verzeichnete 203 Beherbergungsbetriebe mit 11.230 Betten. Vergleicht man nun die gemeldete Übernachtungszahl mit diesen Beherbergungskapazitäten, so ergeben sich selbstverständlich auch verschiedene Auslastungen.

Die Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien wurde daher von der Wiener Fremdenverkehrskommission beauftragt, eine genaue Untersuchung der Hotelsituation durchzuführen und hat hiemit für das Kalenderjahr 1959 das Institut für Fremdenverkehrsforschung betraut, das das Ergebnis dieser Arbeit im Sommer 1960 vorlegen konnte.

Die Untersuchungen verteilen sich, wie Dkfm. Plank feststellte, auf Betriebe folgender Kategorien: Hotels "A 1" - fünf Betriebe in Wien, von denen vier untersucht wurden. Hotels "A" - 16 Betriebe, davon zehn untersucht. Pensionen "A" - acht Betriebe, davon fünf untersucht. Hotels "B" - 35 Betriebe, davon 24 untersucht, Pensionen "B" - 24 Betriebe, davon 19 untersucht.

Insgesamt wurden also von 88 Betrieben 62 untersucht.

Laut Statistik betrug die Frequenz dieser Betriebe im Durchschnitt 57,5 Prozent, laut Zählung nach Leistung der Ortstaxe 75,6 Prozent.

Nun wies der Referent an verschiedenen Beispielen nach, daß sich in der Aufstellung nach beiden Methoden Ungenauigkeiten finden. So findet man in der Statistik Nüchtigungen, die dann nicht durch-

geführt wurden, auf der anderen Seite sind getätigte Nächtigungen, weil sie in der Gemeinde ansässige Personen betreffen, nicht verzeichnet. Auch die Ortstaxe erfaßt nicht restlos alle Nächtigungen.

Die Reaktion der Betriebe auf die Erhebungsarbeiten waren bei 25 Prozent positiv, bei 25 Prozent neutral und beim Rest negativ, wobei die Ursachen zum Teil in einer zu gering entwickelten Buchhaltung und in mangelhaften Betriebsaufzeichnungen gelegen waren. Es wurde auch ein gewisses Mißtrauen bemerkt, obzwar in den Statistiken und Untersuchungen die Hotels natürlich nicht mit Namen aufscheinen.

Eine Identität der Zahlen der Statistik und der Ortstaxe konnte nur bei 23 Betrieben festgestellt werden.

In vielen Fällen kommt dazu, daß der Portier für die Ausstellung des statistischen Formblattes nicht vorgebildet ist und andererseits die Formblätter auch nicht gerade einfach abgefaßt sind.

Der Referent stellte fest, daß dem Zahlenmaterial, das auf Grund der Ortstaxen-Abrechnung gegeben ist, größere Genauigkeit zugeschrieben werden kann, allein schon durch die schärfere Kontrolle. Eine Messung des Fremdenverkehrs kann nur auf Grund statistischer Daten erfolgen. Es sollte daher die Ausfüllung der statistischen Formblätter von der Portierloge weg in das Büro verlegt werden. Eine hundertprozentige Übereinstimmung der Ergebnisse wird wohl nie möglich sein, aber man müsse eine möglichste Annäherung zu erreichen versuchen.

Am Schluß der Referates wurde eine lange Diskussion abgehalten, in der unter anderem Ministerialrat Dr. Langer-Hansl vom Handelsministerium auf eine Anfrage, wann das PANAM-Hotel beim Eislaufverein gebaut werde, erklärte, daß die alte Hütte weggerissen sei, scheine ihm ein Beweis dafür, daß der Bau beginne. Einige Schwierigkeiten seien anscheinend beseitigt worden. Auch Vizebürgermeister Mandl erklärte, daß Schwierigkeiten in der Baugenehmigung, die dadurch entstanden seien, weil man den Bau über die Straße führen wolle, nun beigelegt seien. Obmann Seiler von den Hotelbediensteten forderte im Interesse des Fremdenverkehrs bessere Berufsausbildung und auch Nachschulung der Bediensteten.

Ministerialrat Dr. Langer-Hansl beglückwünschte Vizebürgermeister Mandl zu den erzielten Erfolgen im Fremdenverkehr und

stimmte vor allem den Bemühungen um die Erhaltung der Altstadt zu. Er verwies darauf, daß viele Hotels den amerikanischen Gästen zu wenig komfortabel seien. Vizebürgermeister Mandl erinnerte daran, daß ein großes Studentenheim der Stadt Wien in Kürze, und zwar im Einverständnis mit den Vertretern der Wirtschaft und der Gewerkschaft während der Sommerferien für in- und ausländische Gäste zur Verfügung stehen werde. Dieses Heim werde 300 Zimmer haben, und da aus jedem der Zimmer ein Schrank herausgenommen und dafür ein zweites Bett hineingestellt werden kann, stünden 600 Betten in schönen Zimmern zur Verfügung.

Generaldirektor Millwisch vom Verkehrsbüro und andere Redner bemängelten Zustände auf dem Flugplatz Wien-Schwechat, die nicht darnach angetan seien, den Fremdenverkehr zu fördern. So müßten Reisende ihr Fluggepäck selbst zum Zoll bzw. vom Zoll zum Ausgang des Stationsgebäudes tragen. Außerdem haben manche Luftverkehrsgesellschaften sehr schäbige Mietautobusse in Betrieb, mit denen sie ihre Gäste nach der Stadt befördern. Es seien jedoch bereits, wie Generaldirektor Millwisch weiter ausführte, Bestrebungen im Gange, eine einheitliche Beförderung der Fluggäste aller Fluggesellschaften in schönen und modernen Autobussen durchzusetzen. Man sei sich nur noch nicht einig darüber, wo die Ausgangsstation bzw. die Endstation dieser Autobusse in Wien sein soll. Derzeit verkehren übrigens auch moderne Autobusse der Österreichischen Bundesbahnen von Wien zum Parkplatz beim Schwechater Flughafengebäude.

- - -

Straßenbahnunfall auf der Floridsdorfer Brücke
=====

30. Jänner (RK) Heute früh stieß ein zur Stadt fahrender Zug der Linie 231 auf der stadtseitigen Rampe der Floridsdorfer Brücke an einen Vorderzug der Linie 331, wobei 16 Personen leicht verletzt wurden und größerer Sachschaden entstand. An dem gleichfalls leicht verletzten Fahrer des Unfallszuges wurde im Krankenhaus ein Alkoholttest vorgenommen, der negativ verlief. Der Fahrer, der bis zur Stunde noch nicht ausführlich einvernommen werden konnte, behauptet, die elektrische Bremse hätte versagt. Der Wagen wird genau untersucht werden.

Ebenfalls heute früh ergab sich auf der Linie 62 dadurch eine Verkehrsstörung, daß bei einigen Triebwagen der seit-gestern, Sonntag, dort eingesetzten neuen Garnituren wegen Einstellung eines zu geringen Spielraumes zwischen Bremsbacken und Brems-trommeln eine Blockierung des Laufwerkes auftrat, die aber keine wie immer geartete Gefährdung der Sicherheit darstellt. Dazu kam, daß sich die Fahrgäste den Anforderungen des Fließverkehrs noch nicht rasch genug anzupassen vermochten.

- - -

Gemeinderat Pleyl zurückgetreten
=====

30. Jänner (RK) Gemeinderat Josef Pleyl (SPÖ) hat an Bürgermeister Jonas ein Schreiben des Inhalts gerichtet, daß er sein Mandat als Mitglied des Gemeinderates der Stadt Wien zurücklegt. Bürgermeister Jonas hat diese Erklärung zur Kenntnis genommen und Gemeinderat Pleyl für die in dieser Funktion geleisteten Dienste den Dank der Wiener Stadtverwaltung ausgesprochen.

- - -

Fahrplankonferenz im Jugendgästehaus Hütteldorf
=====

30. Jänner (RK) Die diesjährige Fahrplankonferenz für Wien und Niederösterreich, zu der das Kulturamt der Stadt Wien in das Jugendgästehaus Hütteldorf geladen hatte, fand heute im Beisein zahlreicher Delegierter aus beiden Bundesländern statt. Nach einleitenden Worten von Magistratsrat Dr. Jager, der die niederösterreichischen Delegierten unter Hofrat Dr. Mantl sowie die Vertreter der Österreichischen Bundesbahnen unter der Führung ihres Betriebsdirektors Hofrat Dr. Kepnik und Regierungsrat Dr. Markhoff begrüßte, sprach Vizebürgermeister Mandl. Er verwies zunächst auf den Werdegang der beiden Jugendgästehäuser der Stadt Wien, deren eines im ehemaligen Schloß Pötzleinsdorf untergebracht ist, während das zweite in Hütteldorf ein markantes, modernes Bauwerk darstellt. Schon 1952, als das Jugendgästehaus Hütteldorf noch nicht bestand, wurden in Pötzleinsdorf 22.000 Nächtigungen gezählt. 1960 wurden beide Häuser von insgesamt 36.000 Jugendlichen bewohnt, wobei sich 121.000 Nächtigungen ergaben. Für Mai bis Oktober 1961 sind die Jugendgästehäuser bereits jetzt fast zur Gänze ausverkauft.

Die Einnahmen der beiden Jugendgästehäuser reichen hin, die Betriebskosten ohne weiteren Zuschuß zu decken, obwohl für Nächtigung und Verpflegung die für solche Institutionen allgemein gültigen Tarife angewendet werden. Durch eine Fülle von Sonderangeboten konnte man jedoch zusätzliche Einnahmequellen erschließen; zum Beispiel deckt der Briefmarkenverkauf die Kosten der umfangreichen Korrespondenz der Betriebsinhabung und zahlreiche Sonderwünsche nach typisch wienerischem Essen finden gegen Aufzahlung entsprechende Erfüllung.

Auf den Sinn der Fahrplankonferenz übergehend, betonte Vizebürgermeister Mandl, daß Wien noch immer unter der Stagnation des Ost-West-Verkehrs im mitteleuropäischen Raum zu leiden habe. Tatsächlich betrug vor 1938 der Reiseverkehr aus den europäischen Oststaaten nach Wien 48 Prozent des Fremdenverkehrsvolumens der Bundeshauptstadt. 1960 belief sich der Anteil der Oststaaten am Wiener Fremdenverkehr auf zwei Prozent. Wenn auch dieser Rückgang durch die Steigerung der Besucherfrequenzen aus anderen Ländern

kompensiert werden konnte, so bereitet das Fehlen vieler Gäste aus dem Osten eine empfindliche Lücke in der Nächtigungsstatistik. Wien müsse daher die Anstrengungen zur Gewinnung neuer Besucher aus allen Himmelsrichtungen fortsetzen und hiebei verdiene die Arbeit der Österreichischen Bundesbahnen besondere Anerkennung. Hingegen seien die Verzögerungen beim Bau der Autobahn, die als Zubringer des Motortouristen entscheidende Bedeutung hat, eine nicht zu unterschätzende Behinderung des Wiener Fremdenverkehrs. Als nächster Redner ergriff der Betriebsdirektor der Österreichischen Bundesbahnen Hofrat Dr. Kepnik das Wort und schilderte die Fortschritte im Reiseverkehr von und nach Wien, die sich im Rahmen der Fahrplanperiode 1961/62 ergeben werden. (Eine Kurzfassung der Ausführungen von Dr. Kepnik bringen wir in der morgigen Ausgabe.)

- - -

Bürgermeister Jonas als Gratulant im Altersheim Baumgarten
=====

30. Jänner (RK) Bürgermeister Jonas beglückwünschte heute vormittag das Ehepaar Johann und Aurelia Rohrer zum Fest der Goldenen Hochzeit. Da sich der Ehejubililar, ein ehemaliger Militäroberoffizial, seit längerer Zeit in Pflege des Altersheimes Baumgarten befindet, fand das Fest der Familie Rohrer in einem der neugestalteten Tagheime der Anstalt statt. Der Bürgermeister übermittelte dem Jubelpaar die Glückwünsche der Stadtverwaltung und überreichte ihm die Ehrengabe und ein Diplom der Stadt Wien. Frau Rohrer erhielt als Vorschuß auf den Frühling einen duftenden Fliederstrauß. Unter den Festgästen befand sich auch die Tochter des Jubelpaares, die Witwe des 1945 justifizierten österreichischen Widerstandskämpfers Hauptmann Huth. Die Glückwünsche des 14. Bezirkes übermittelte Bezirksvorsteher-Stellvertreter Mitritsch, im Namen der Ärzte und des Pflegepersonals des Altersheimes gratulierte Primarius Dr. Doberauer.

Anschließend begab sich der Bürgermeister in einen benachbarten Pavillon, um Frau Karoline Hafner zu ihrem 90. Geburtstag die Glückwünsche der Stadtverwaltung zu übermitteln. Frau Hafner, eine pensionierte Postbeamtin, war in beiden Weltkriegen als freiwillige Krankenschwester tätig und hat sich auch als Funktionärin in mehreren wohltätigen Vereinen verdient gemacht. Seit 1957 lebt die erblindete Frau im Baumgartner Altersheim. Der Bürgermeister wünschte ihr für die Zukunft beste Gesundheit. Auch sie erhielt als Geburtstagsgruß der Stadtverwaltung eine Ehrengabe und einen Blumenstrauß.

- - -

Zweiganstalt der Zentralsparkasse in Perchtoldsdorf
=====

30. Jänner (RK) Die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien hat heute in Perchtoldsdorf ihre neugestaltete Zweiganstalt eröffnet. Die in einem vollkommen restaurierten alten Haus des Perchtoldsdorfer Marktplatzes errichtete Filiale wurde nach den modernsten betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen ausgestaltet. Generaldirektor der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien Dr. Neubauer gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die neue Filiale allen Anforderungen entsprechen wird. Die Zweiganstalt Perchtoldsdorf zählt zu den bedeutendsten Zweiganstalten des Sparinstitutes. Sie verwaltet gegenwärtig rund 35 Millionen Spareinlagen und über vier Millionen Geschäftsgelder.

Der Perchtoldsdorfer Bürgermeister Kamtner dankte aus diesem Anlaß der Zentralsparkasse für den Beitrag, den sie mit der Errichtung der neuen Zweiganstalt zur Verschönerung des alten Ortskerns von Perchtoldsdorf geleistet hat. Nach der Renovierung der Dreifaltigkeitssäule, eines berühmten Kulturdenkmals von Perchtoldsdorf, hat sie mit der Neugestaltung ihrer Zweiganstalt eine weitere verdienstvolle Tat gesetzt, für die ihr die Gemeinde zu Dank verpflichtet ist. Er wünschte im Namen der Perchtoldsdorfer Bevölkerung der Zentralsparkasse für die Zukunft die besten Erfolge.

- - -

Straßenbahn gegen Müllkraftwagen
=====

30. Jänner (RK) Heute vormittag, kurz nach 11 Uhr, ist an der Kreuzung Grinzinger Allee und Iglaseegasse der Triebwagen eines mit etwa 20 bis 25 Stundenkilometer stadtwärts fahrenden Zuges der Linie 38 mit einem in gleicher Richtung fahrenden Müllkraftwagen zusammengestoßen. Der Lenker des in die Iglaseegasse einbiegenden Kraftwagens gab erst im letzten Augenblick das Winkerzeichen. Der Fahrer des Triebwagens gab, als er die Gefahr erkannte, Warnsignale ab und leitete sofort unter Zuhilfenahme des Sandstreuers eine nach seiner Angabe gut wirkende Notbremsung ein - der Triebwagen ist noch nicht mit einer Schienenbremse ausgerüstet - konnte aber nicht mehr verhindern, daß der Kraftwagen gerammt wurde und der Triebwagen entgleiste. Der Triebwagen blieb etwa 1.40 Meter außerhalb des Gleises stehen. An beiden Fahrzeugen entstand größerer Sachschaden. Der Straßenbahnfahrer wurde leicht verletzt. Die Verkehrsstörung dauerte 22 Minuten.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 30. Jänner
=====

30. Jänner (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 6 Ochsen, 2 Stiere, 44 Kühe, 1 Kalbin, Summe 53. Neuzufuhren Inland: 137 Ochsen, 225 Stiere, 586 Kühe, 165 Kalbinnen, Summe 1.113. Gesamtauftrieb: 143 Ochsen, 227 Stiere, 630 Kühe, 166 Kalbinnen, Summe 1.166. Verkauft wurde alles bis auf 2 Kalbinnen.

Preise: Ochsen 10 bis 12.50 S, extrem 12.60 bis 13.30 S, Stiere 11.20 bis 12.80 S, extrem 12.90 bis 13.50 S, Kühe 7.20 bis 10.60 S, extrem 10.70 bis 11 S, Kalbinnen 10.50 bis 12.70 S, extrem 12.80 bis 13 S; Beinlvieh Kühe 6.50 bis 8 S, Ochsen und Kalbinnen 8.50 bis 10.50 S. Bei unveränderter Qualität ermäßigte sich der Durchschnittspreis bei Ochsen um 27 Groschen, bei Stieren um 23 Groschen, bei Kalbinnen um 8 Groschen und erhöhte sich bei Kühen um 2 Groschen.

Der Durchschnittspreis beträgt für Ochsen 11.14 S, für Stiere 12.10 S, für Kühe 9.11 S, für Kalbinnen 11.44 S. Beinlvieh notierte unverändert. In der Zeit vom 21. bis 27. Jänner 1961 wurden 259 Rinder außer Markt angeliefert.

- - -